

## **Wahlen zum Europäischen Parlament 2019: der Weg zu paritätischer Demokratie in Europa**

Verfasst von A. Irigoien

### **ZUSAMMENFASSUNG**

Da die Europäische Union (EU) vor neuen und alten Herausforderungen steht, ist es geboten, darüber nachzudenken, was die EU tun muss, um ihre Legitimität zu stärken und ihre demokratischen Grundlagen zu wahren. Die EU ist heute eine Demokratie, die Männern und Frauen gleiche formale Rechte gewährt. Ungeachtet dessen bestehen eklatante Geschlechterungleichheiten in Europa fort. Obwohl die Hälfte der Bevölkerung weiblich ist, sind Frauen in Führungs- und Entscheidungspositionen in den meisten Bereichen systematisch unterrepräsentiert. Das trifft auch auf das Europäische Parlament, die demokratisch legitimierte Institution par excellence, zu. Angesichts dessen ist paritätische Demokratie, die erstmals in den frühen neunziger Jahren auf der Tagesordnung der EU-Agenda stand, ein nächster notwendiger Schritt des Europäischen Projektes, um Demokratie zu stärken und wirksame und nachhaltige Geschlechtergleichstellung zu sichern.

**Das Strategiepapier verfolgt das Ziel, das Konzept der paritätischen Demokratie im derzeitigen Kontext der EU und insbesondere im Hinblick auf die kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 zu überdenken.** Wie in der Erklärung von Athen, beschlossen 1992 auf dem Gipfeltreffen von Frauen in Führungspositionen, entwickelt, baut paritätische Demokratie auf verschiedenen Parametern auf, die überprüft und aktualisiert werden. So können Akteurinnen und Akteure beeinflusst werden, sich im Interesse der Stärkung der Demokratie für mehr Geschlechtergleichstellung in der EU einzusetzen.

**Das Konzept der paritätischen Demokratie** beschränkt sich nicht darauf, den Anteil von Frauen in Politik, in Führungspositionen und in demokratischen Gremien zu erhöhen. **Paritätische Demokratie bedeutet einen Wandel unseres Demokratieverständnisses, der politischen Kultur und der Strukturen.** Sie ist ein echtes Bekenntnis zur Gleichstellung von Frauen und Männern als grundlegendes Prinzip und Recht, auf dem unser demokratisches System aufbaut. Paritätische Demokratie ist gleichzeitig ein Konzept und ein Ziel, das den gleichen Wert von Frauen

und Männern anerkennt, aber auch ihre gleiche Würde und ihre Pflicht, Rechte und Verantwortung zu teilen.

### **Warum ist paritätische Demokratie wichtig für die EU?**

- **Verantwortung für die Werte der EU:** Geschlechtergleichstellung ist ein Grundprinzip und ein offizielles Ziel der EU. Die EU hat nicht nur ein legitimes Recht, für Gleichstellung zu kämpfen. Sie hat auch eine moralische Verpflichtung dazu.
- **Stärkung der Demokratie in der EU**
  - **Durch Thematisierung des demokratischen Defizits** muss die Legitimität und die Arbeitsweise des demokratischen Systems in der Tat infrage gestellt werden, wenn mehr als die Hälfte der Bevölkerung kontinuierlich unterrepräsentiert ist.
  - **Stärkung der Vielfalt:** Paritätische Demokratie verfolgt das Ziel, Demokratie durch die Einbeziehung von Frauen in ihrer Vielfalt zu transformieren und inklusive Rahmenbedingungen zu schaffen, die für die bessere Vertretung aller EU-Bürgerinnen und –Bürger notwendig sind.
  - **Herausforderung durch Populismus und die extreme Rechte:** Angesichts der Zunahme des Populismus und anderer Erscheinungen (Terrorismus und zunehmende Ungleichheiten), die den errungenen Frieden und den Wohlstand bedrohen, ist Geschlechtergleichstellung eine Bastion gegen Extremismus.
- **Erzielung strategischer Gewinne:** Frauen stellen die Hälfte der Bevölkerung, sie machen auch die Hälfte von Fähigkeiten, Wissen, Kompetenzen, Ideen und Kreativität aus...Die Einbeziehung von Frauen bedeutet, dass bisher unberücksichtigte oder neue Themen auf die politische Agenda der EU gesetzt werden, und dass inklusivere und effektivere politische Maßnahmen beschlossen werden. Auch können politische Parteien ihre Wahlergebnisse verbessern.

Paritätische Demokratie ist nicht nur wichtig für die EU – **die EU und paritätische Demokratie sind gleichermaßen wichtig für Frauen und Frauenrechte.** Die EU hat sich in der Vergangenheit für Frauenrechte eingesetzt und tut dies immer noch, indem sie Maßnahmen beschließt, die sich tiefgreifend auf das Leben von Frauen auswirken. Seit mehr als 50 Jahren betreibt die EU eine Geschlechtergleichstellungspolitik, die untermauert wird durch Rechtsprechung,

durch Datenerhebung, durch Aktionspläne und –programme und durch die Einrichtung bedeutender institutioneller Mechanismen. Damit ist sie Anstoß für die Politik auf nationaler Ebene. Die EU hat gleichfalls das Prinzip des Gender Mainstreaming mit seinem transformativen Potential für Politikgestaltung beschlossen.

**Wie ist der derzeitige Stand von Geschlechterausgewogenheit bei politischen Entscheidungen in der EU und im EP?** Gegenwärtig sind nur 37% der Abgeordneten im EP weiblich. Das ist nur geringfügig mehr als der Durchschnitt in den nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedsstaaten, wo nur 30% der Abgeordneten Frauen sind. Die von EIGE<sup>1</sup> vorgelegten Daten machen die fortdauernde und beunruhigende Unter-Repräsentanz von Frauen in politischen Positionen und große Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten deutlich. Die unzureichende Geschlechterausgewogenheit im EP kann nicht losgelöst vom gesamten politischen Entscheidungsapparat der EU betrachtet werden. Um die geschlechtsspezifische Unausgewogenheit zu überwinden, sind Überprüfung und Umsetzung konkreter Schritte in der EU und ihren Mitgliedsstaaten, die sich auf die Zusammensetzung des Parlamentes auswirken, nötig. Derartige Schritte können sich u.a. auf folgende Bereiche beziehen:

- **Geschlechterquoten**
- **Verhältnismahlssysteme**
- **Rolle der politischen Parteien**
- **Größere Anzahl von Kandidatinnen**
- **Sachlichere Medienberichterstattung**

In Bezug auf **politische Beteiligung** ist festzustellen, dass die Beteiligung an den Wahlen zum EP seit den ersten Wahlen ständig abgenommen hat. Wir können sehen, dass mehr Männer als Frauen wählen, und dass sich die Kluft in der Wahlbeteiligung von Männern und Frauen bei den Wahlen 2014 noch vergrößert hat. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich bei der letzten Meinungsumfrage vom Mai 2018: Frauen sind weniger an der EU interessiert und unzufriedener mit ihr als Männer. Die

---

<sup>1</sup> Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen in Vilnius verfügt über aktualisierte Daten zu Frauen in Entscheidungspositionen in den Mitgliedsstaaten der EU und des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR)

Ergebnisse bedeuten, dass es die EU versäumt, auf die Bedürfnisse eines großen Teils seiner Bürger einzugehen.

Gleichzeitig haben wir es derzeit mit **Herausforderungen und Chancen** zu tun, wenn wir die Erreichung einer größeren Geschlechterausgewogenheit bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 in Betracht ziehen. Einige der Herausforderungen resultieren aus dem Erstarren von populistischen Parteien und Parteien der extremen Rechten, deren Ideologie als anti-demokratisch, als gegen die EU gerichtet und als anti-feministisch charakterisiert werden kann. Und sie resultieren auch aus den bei den EU-Bürgern noch immer vorhandenen Geschlechter-Stereotypen, wie es die *Sonderumfrage des Eurobarometers zu Geschlechtergleichstellung 2017* aufgezeigt hat. Hingegen bietet der derzeitige politische Kontext in der EU Chancen für die Stärkung von Geschlechterausgewogenheit und Geschlechtergleichstellung: die Verpflichtungen der EU (die noch umgesetzt werden müssen), die neuen zivilgesellschaftlichen Bewegungen für Geschlechtergleichstellung sowie die Einführung oder Modifizierung von Geschlechterquoten für Wahlen in einigen Mitgliedsstaaten.

Abschließend enthält das Strategiepapier einige **Empfehlungen** für den Weg hin zu paritätischer Demokratie in der EU unter Nutzung der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 und allgemeine Empfehlungen zur Verstärkung der Geschlechtergleichstellungspolitik der EU und ihren Auswirkungen.